

Neueste Entwicklungen im deutschen Steuerrecht

1 Unternehmenssteuerreform 2008: Aktuelle Entwicklungen

Die Unternehmenssteuerreform 2008 wurde am 14.3.2007 von der Bundesregierung in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Der zugrundeliegende Gesetzentwurf enthält keine wesentlichen Abweichungen zu den Ausführungen in der Steuer Revue 12/2006 (S. 873 ff.). Im weiteren Gesetzgebungsverfahren sind aber Änderungen zu erwarten; diskutiert wird insbesondere die Entschärfung der geplanten «Zinsschranke».

Der Zeitplan wurde dagegen weiter forciert: Danach ist bereits der 25.5.2007 als Termin für den Gesetzesbeschluss durch den Bundestag vorgesehen. Der bisherige Zeitplan sah dafür noch den 15.6.2007 vor. Diese Vorverlegung hat u. a. Auswirkungen auf die Anwendungsregelung für die Zinsschranke: Sie soll erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden sein, die nach dem Tag des Bundestagsbeschlusses beginnen und nicht vor dem 1.1.2008 enden. Bleibt es bei diesem Zeitplan und der Anwendungsregelung, wäre die Zinsschranke bereits auf vom Kalenderjahr abweichende Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 25.5.2007 beginnen und nicht vor dem 1.1.2008 enden. Das gesamte Gesetzgebungsverfahren soll voraussichtlich bereits im Juni 2007 abgeschlossen sein.



Heiko Kubaile
Heiko Kubaile, MBA
(International Taxation),
Steuerberater (deutschen
Rechts), Leiter German Tax
Desk, Senior Manager,
Ernst & Young Zürich

2 BFH veröffentlicht seine Entscheidung zu den leitenden Angestellten

Bereits in der Steuer Revue 1/2007 (S. 52) hat der Autor auf das aktuelle BFH-Urteil zu den leitenden Angestellten hingewiesen. Das entsprechende BFH-Urteil vom 25.10.2006 wurde nun am 7.2.2007 veröffentlicht. Hintergrund: Im Verhältnis Deutschland – Schweiz werden Personen, die in einem Vertragsstaat wohnen und im anderen Vertragsstaat als leitende Angestellte einer dort ansässigen Kapitalgesellschaft tätig werden, im letzteren Staat besteuert. Diese Regelung wurde mit der Teilrevision des DBA D-CH in 1971 in Art. 15 Abs. 4 DBA D-CH eingefügt. Eine abweichende Besteuerung greift nur bei sog. Grenzgängern (Art. 15a DBA D-CH) und in Fällen, in denen die Tätigkeit für die im anderen Staat ansässige Kapitalgesellschaft so abgegrenzt ist, dass sie lediglich Aufgaben ausserhalb des anderen Staats umfassen (Art. 15 Abs. 4 DBA D-CH).

Mit Verwaltungserlass vom 7.7.1997 schränkte die deutsche Finanzverwaltung die Fiktion des Art. 15 Abs. 4 DBA D-CH weiter ein. Hiernach stellte die deutsche Finanzverwaltung den Arbeitslohn von leitenden Angestellten, die bei Schweizer Kapitalgesellschaften arbeiten, nur noch dann von der deutschen Besteuerung frei, soweit die Tätigkeit (nachweislich) auch physisch in der Schweiz ausgeübt wurde. Für alle anderen Tätigkeitstage

(bspw. in Drittstaaten und/oder Deutschland) griff die Anrechnungsmethode, sodass insofern regelmässig das höhere deutsche Steuerniveau zur Anwendung gelangte.

Der BFH hat mit Urteil vom 25.10.2006 (Az. I R 81/04), das am 7.2.2007 veröffentlicht wurde, entschieden, dass die deutsche Finanzverwaltung nicht im Nachhinein die Fiktion des Art. 15 Abs. 4 DBA D-CH einseitig zu ihren Gunsten korrigieren kann.

Inoffiziell haben Vertreter von (deutschen) Finanzministerien bereits verlauten lassen, dass das Urteil nicht über den Einzelfall hinaus Anwendung finden soll. Es muss somit voraussichtlich der Rechtsweg eingeschlagen werden. Da vom aktuell zuständigen BFH-Senat innerhalb kürzester Zeit kaum eine Änderung der Rechtsprechung zu erwarten ist, ermutigt der Autor, bei entsprechend gelagerten Fällen den Rechtsweg zu bestreiten.

3 Rs. Meilicke: EuGH fordert Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer

Am 6.3.2007 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache Meilicke (C-292/04) verkündet und unter Bezugnahme auf seine Entscheidung in der Sache Manninen (C-319/02, Urteil vom 7.9.2004) nach dem finnischen auch das abgeschaffte deutsche Anrechnungsverfahren¹ als nicht europarechtskonform verworfen.

Hintergrund: Inländische (d. h. deutsche) Anteilseigner waren unter dem früheren deutschen Anrechnungsverfahren grundsätzlich nicht berechtigt, die auf Gewinnausschüttungen ausländischer Kapitalgesellschaften lastende (ausländische) Körperschaftsteuer anzurechnen. Vielmehr beschränkte § 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG alte Fassung die Anrechnung auf «die Körperschaftsteuer einer (in Deutschland) unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtigen Körperschaft oder Personenvereinigung».

Diese Beschränkung sieht der EuGH als mit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 und 58 EG) nicht vereinbar an, weil damit Anteilseigner ausländischer Kapitalgesellschaften im Verhältnis zu Anteilseignern inländischer Kapitalgesellschaften benachteiligt werden. Bemerkenswert ist insoweit, dass der EuGH dem mit erheblichen Steuerausfällen (angeblich rund EUR 5 Mrd.) begründeten Antrag der Bundesregierung, die Rückwirkung des Urteils zu beschränken, einmal mehr nicht gefolgt ist.

Praxisempfehlung

Vor diesem Hintergrund besteht damit grundsätzlich die Möglichkeit, die Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer im Rahmen der deutschen Steuerveranlagung für alle noch offenen Veranlagungszeiträume vor 2002 zu beantragen.

¹ Die Abschaffung geschah durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung v. 23.10.2000 (BGBl. I 2000, S. 1433) für im Jahr 2002 ausgeschüttete inländische Dividenden; bei ausländischen Dividenden bereits ab 2001 (Annahme: Wirtschafts-/ Geschäftsjahr entspricht Kalenderjahr).